

## Öffentlich-rechtlicher Vertrag

zwischen

dem Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Würzburg, vertreten durch die  
Verbandsvorsitzende Stv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer, Geschäftsstelle: Zeppelinstr. 15, 97074  
Würzburg

- nachstehend „ZRF“ genannt -

und

\_\_\_\_\_,  
vertreten durch \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_ (Anschrift)

- nachstehend „Betreiber“ genannt -

über den Betrieb eines Telenotarztstandorts gem. des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes  
(BayRDG).

### § 1 Vertragsgegenstand

(1) Der ZRF beauftragt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen den Betreiber mit der Errichtung und dem Betrieb eines Telenotarztstandorts (TNA-Standort) im Versorgungsgebiet Nord. Das von der obersten Rettungsdienstbehörde festgelegte Versorgungsgebiet Nord umfasst initial die Rettungsdienstbereiche (RDB): Würzburg, Bayerischer Untermain, Schweinfurt, Coburg, Hochfranken, Bayreuth / Kulmbach, Bamberg / Forchheim, Nürnberg, Mittelfranken-Süd und Ansbach. Die Oberste Rettungsdienstbehörde kann das Versorgungsgebiet Nord anpassen, insbesondere dem Versorgungsgebiet noch weitere RDB zuordnen.

(2) Zu den Leistungspflichten des Betreibers gehören insbesondere die Auswahl und die Beschaffung eines bestimmungsgemäßen Standortes inklusive notwendiger Räumlichkeiten, der Aufbau der Betreiberorganisation und die Bereitstellung des medizinischen und nichtmedizinischen Personals am Standort, die Ertüchtigung des Standortes und der Räumlichkeiten, die Inbetriebnahme des Standortes, die Durchführung eines Probetriebes sowie die Durchführung des Regelbetriebes (365/24/7) einschließlich der Schulungsmöglichkeiten / Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen. Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus der dem Vertrag beigefügten Leistungsbeschreibung, dem Inbetriebnahme-Handbuch sowie den weiteren Vergabeunterlagen.

(3) Grundlage des Vertrages sind die vom Betreiber im Auswahlverfahren mit dem Angebot übergebenen oder nachgereichten Nachweise, Erklärungen und Konzepte. Für den Auftraggeber sind das Fortbestehen dieser Eignung und eine gewissenhafte, zuverlässige und fachgerechte Ausführung der Leistungen sowie die Umsetzung der eingereichten Konzepte von wesentlicher Bedeutung. Hinsichtlich der Erfüllung der Leistungsversprechen aus dem Angebot des Betreibers wird auf die Regelung in § 12 dieses Vertrages verwiesen.

(4) Die Anforderungen gemäß der Auswahlunterlagen (einschließlich der Leistungsbeschreibung) sowie das Angebot des Betreibers mit allen Anlagen (insbesondere den Leistungsversprechen, Konzepten und Erklärungen) sind Bestandteil des Vertrages. Ebenso sind die einschlägigen rechtlichen Regelungen, insbesondere das BayRDG und dabei im Besonderen die Regelungen betreffend den Telenotarzt Vertragsgegenstand und vom Betreiber bei der Leistungserbringung zu beachten.

## **§ 2 Aufbau und Betrieb des TNA-Standorts**

(1) Der Betreiber verpflichtet sich, den TNA-Standort am angebotenen Standort aufzubauen und zu betreiben. Dabei gelten in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Zuschlagserteilung die folgenden wesentlichen Meilensteine für die Leistungserbringung:

Standort zugänglich für Ertüchtigung	Spätestens 4 Wochen nach Zuschlagserteilung
Standortertüchtigung abgeschlossen	5 Monate nach Zuschlagserteilung
IBN TNA-Standort abgeschlossen	9 Monate nach Zuschlagserteilung
Beginn Probetrieb TNA-Standort	frühestens 10 Monate nach Zuschlagserteilung
Ende Probetrieb / Beginn Regelbetrieb	frühestens 11 Monate nach Zuschlagserteilung
Aufbau der Organisation vollständig	frühestens 2,5 Jahre nach Zuschlagserteilung

Die jeweiligen Meilensteine können durch den ZRF im weiteren Projektablauf in begründeten Fällen noch verändert werden. Zeitliche Verzögerungen, die nicht im Einflussbereich des Betreibers beruhen, hat der Betreiber nicht zu vertreten.

(2) Im Übrigen gelten für den vertragsgemäßen Aufbau und Betrieb des TNA-Standorts die Leistungsbeschreibung und das Inbetriebnahme-Handbuch.

### **§ 3 Einsatzlenkung**

(1) Einsatzzentrale für den Standort ist jeweils die Integrierte Leitstelle (ILS), die den Einsatz gemäß Art. 9 BayRDG lenkt. Die Lenkungshoheit umfasst die Befugnis, den Telenotarzt auch außerhalb des Versorgungsgebiets Nord einzusetzen.

(2) Der Einsatz des Telenotarztes ohne Auftrag der ILS ist unzulässig, soweit nicht in Gesetzen oder Verwaltungsvorschriften etwas anderes geregelt ist. Der Betreiber führt Einsätze des Telenotarztes nur im Rahmen dieses sowie ggf. sonstiger öffentlich-rechtlicher Verträge zwischen dem ZRF und dem Betreiber durch.

### **§ 4 Personal**

(1) Der Betreiber gewährleistet, dass das Personal und die von ihm gestellten Einrichtungen den in den einschlägigen Vorschriften und der Leistungsbeschreibung geregelten Anforderungen entsprechen. Er stellt sicher, dass das eingesetzte Personal durch regelmäßige Fortbildung dem jeweiligen aktuellen Stand entsprechend ausgebildet ist. Die Beschäftigten des Betreibers sind nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.

(2) Die Telenotärzte verfügen über die Notarztqualifikation nach Art. 2 Abs. 3 S. 2 BayRDG und die Telenotarztqualifikation nach Art. 2 Abs. 3 S. 3 BayRDG. Solange keine Qualifikationsanforderungen nach Art. 2 Abs. 3 S. 3 BayRDG gestellt wurden oder wenn die oberste Rettungsdienstbehörde ihr Einvernehmen erteilt, kann der ZRF solche Qualifikationsanforderungen stellen.

## **§ 5 Einhaltung von Vorschriften, Qualitätsmanagement**

(1) Der Betreiber muss innerhalb der ersten zwei Jahre nach Vertragsbeginn die in Ziffer 2.3 der Leistungsbeschreibung beschriebenen Zertifizierungen nachweisen.

(2) Davon unberührt bleiben Rechtsnormen und Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung, die für die Leistungserbringung maßgebend sind, einschlägige Vorgaben der obersten Rettungsbehörde und Vereinbarungen zum Qualitätsmanagement i.S.v. Art. 45 Abs. 2 BayRDG.

## **§ 6 Haftung, Versicherung**

(1) Der Betreiber haftet für alle durch ihn oder seine Erfüllungsgehilfen durch die Leistungserbringung schuldhaft verursachten Schäden. Er schließt für den Betrieb und Aufbau des TNA-Standorts die erforderlichen Versicherungen ab. Innerhalb der Betriebshaftpflichtversicherung ist für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens eine Versicherungssumme i. H. v. je 5,0 Mio. € abzuschließen. Sieht die Police eine Maximierung vor, muss mindestens eine dreifache Maximierung vorliegen.

(2) Zur Abdeckung der den ZRF treffenden Amtshaftungsrisiken sorgt der Betreiber für die Mitversicherung des ZRF im Rahmen und Umfang seiner bestehenden Betriebshaftpflicht.

(3) Der Betreiber stellt den ZRF von sämtlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern frei, die durch eine vorsätzliche oder fahrlässige Pflichtverletzung des Betreibers oder des von ihm eingesetzten Personen beim Aufbau und Betrieb des TNA-Standorts gegenüber dem ZRF geltend gemacht werden.

(4) Der ZRF ist von jeder ihn betreffenden Unterbrechung, Änderung oder Kündigung der genannten Versicherungen unverzüglich zu informieren.

## **§ 7 Bedarfsprüfung**

(1) Der ZRF prüft nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, ob und inwieweit die notarztdienstliche Versorgung bedarfsgerecht ist und inwieweit die Leistungsfähigkeit des eingesetzten Materials und Personals vorliegt. Empfehlungen eines Fachgutachters (z. B. Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement) können hier zugrunde gelegt werden.

(2) Der ZRF behält sich aufgrund einer entsprechenden Entscheidung vor, im Falle von Bedarfsveränderungen und/oder im Rahmen der Weiterentwicklung des TNA-Systems (vgl. Ziffer 5.3 der Leistungsbeschreibung) den Bedarf auch während der Vertragslaufzeit zu verändern.

(3) Bei Änderungen der Versorgungsstruktur durch die oberste Rettungsdienstbehörde vereinbaren die Parteien eine Anpassung des Versorgungsgebiets an diese Änderung. Die verantwortlichen Vertreter des Vertragspartners werden bei möglicher Betroffenheit angehört.

## **§ 8 Finanzierung**

(1) Der vom Betreiber angebotene Preis ist nicht Bestandteil dieses Vertrages. Eine Vergütung durch den ZRF erfolgt nicht. Der Betreiber vereinbart mit den Sozialversicherungsträgern Benutzungsentgelte für die als Telenotarzt mitwirkenden Notärzte sowie die Errichtung und Betrieb des Telenotarztstandortes.

(2) Der Betreiber bindet sich über die Vertragslaufzeit in den Entgeltverhandlungen mit den Kostenträger an die Preiskalkulation in dem abgegebenen Angebot; bei Nichteinhaltung steht dem ZRF ein Sonderkündigungsrecht dieses Vertrags zu. Umgekehrt besteht kein Anspruch auf einen Entgeltabschluss in Höhe der Preiskalkulation des hier abgegebenen Angebotes. Allerdings haben sich die Kostenträger dazu bereit erklärt, sich im Rahmen der Entgeltverhandlungen an die Preiskalkulation in dem angegebenen Angebot als Verhandlungsgrundlage gebunden zu halten. Der Betreiber wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Entgeltabschluss erheblich unter der Angebotskalkulation liegen kann. Defizitausgleichsansprüche gegen den ZRF bestehen nicht.

## **§ 9 Auskunftspflicht, Befugnisse**

(1) Der Betreiber ist gegenüber dem ZRF und dessen Aufsichtsbehörden jederzeit zur Erteilung von Auskünften verpflichtet, die die Durchführung der nach diesem Vertrag übertragenen Leistungen betreffen oder die der ZRF zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt. Der ZRF darf zu diesem Zweck die zum Aufbau und Betrieb des TNA-Standorts geführten Unterlagen des Betreibers auf Verlangen einsehen. Das Einsichtsrecht in die Bücher und Geschäftspapiere umfasst dabei auch die für die jeweiligen Benutzungsentgelte bedeutsamen Kostenkalkulation und der Abrechnungspraxis gegenüber den Krankenkassenverbänden. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Das Recht der Einsichtnahme umfasst auch das Recht, sich von schriftlichen Unterlagen Kopien zu fertigen.

(2) Der ZRF und seine Aufsichtsbehörden sind berechtigt, durch Beauftragte dem Geschäftsbetrieb dienende Grundstücke und Räume innerhalb der üblichen Geschäfts- und Arbeitsstunden zu betreten, sowie die Betriebsmittel, die für die Durchführung dieses Vertrages vorgehalten werden, zu besichtigen. Der ZRF hat das Recht, sich von der Qualifikation des im Notarztdienst eingesetzten Personals sowie der ordnungsgemäßen Ausstattung des TNA-Standorts zu überzeugen. Der Betreiber und die im Geschäftsbetrieb tätigen Personen haben den Beauftragten des ZRF bzw. seiner Aufsichtsbehörden bei den Ermittlungen die erforderlichen Hilfsmittel zu stellen und die nötigen Hilfsdienste zu leisten.

(3) Der ZRF ist berechtigt, Stellungnahmen zu durchgeführten Einsätzen einzuholen. Zudem hat der Betreiber Qualitätsindikatoren und Kennzahlen halbjährlich zur Verfügung zu stellen (siehe dazu näher Ziffer 2.2.3.4 der Leistungsbeschreibung).

## **§ 10 Nachweise, Dokumentation**

(1) Der Betreiber verpflichtet sich, die Dokumentation der notarztdienstlichen Einsätze in einer von der obersten Rettungsdienstbehörde vorgegebenen Form vorzunehmen (aktuell DIVI-Protokoll im Rahmen der vom TNA-Systemlieferanten gelieferten Software). Auf Verlangen wertet er die entsprechenden Daten aus und stellt diese Auswertungen dem ZRF und dessen Aufsichtsbehörden sowie von diesen beauftragten Dritten zur Verfügung.

(2) Der Betreiber legt ohne Aufforderung dem ZRF jährlich, spätestens ein halbes Jahr nach Ablauf des Rechnungsjahres, eine Aufstellung über die im Auftrag des ZRF durchgeführten Leistungen vor. Sämtliche Schichtpläne sowie Nachweise über den Personaleinsatz werden dem ZRF nach Aufforderung ohne Angabe eines Grundes zur Verfügung gestellt. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben hiervon unberührt.

## **§ 11 Zusammenarbeit**

(1) Der Betreiber verpflichtet sich, mit den weiteren in den Rettungsdienstbereichen beauftragten Durchführenden des Rettungsdienstes, den Integrierten Leitstellen, den bestellten Ärztlichen Leitern Rettungsdienst, den Ärztlichen Bezirksbeauftragten Rettungsdienst, dem Ärztlichen Landesbeauftragten Rettungsdienst und den ZRF zusammenzuarbeiten und sich bei der Erbringung vertraglicher Leistungen abzustimmen.

(2) Der Betreiber unterstützt Maßnahmen des ZRF im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements.

(3) Der Betreiber wirkt nach Maßgabe der Ziffer 2.4.8 der Leistungsbeschreibung an der Weiterentwicklung des TNA-Systems mit.

(4) Der ZRF kann nach Maßgabe des ihm obliegenden Sicherstellungsauftrags besondere Weisungen zur Zusammenarbeit der im Rettungsdienstbereich beauftragten Organisationen und Unternehmen erteilen.

## **§ 12 Erfüllung der Leistungsversprechen**

(1) Die Leistungsversprechen des Betreibers aus dem Konzept Notfallrettung werden Vertragsbestandteil (siehe § 1 Abs. 4 S. 1 dieses Vertrages) und der Betreiber ist zur Erfüllung der dort gemachten Leistungsversprechen verpflichtet.

(2) Zur Überprüfung und zum Nachweis der Einhaltung seiner Leistungsversprechen muss der Betreiber auf entsprechende Aufforderung des ZRF einen Bericht vorlegen. Insbesondere muss in dem Bericht mit konkreten Angaben und Zahlen dargelegt werden, ob und wie die Zusagen aus dem „Formblatt Leistungsversprechen“ in dem betreffenden Vertragsjahr eingehalten wurden.

(3) Geht aus dem Bericht nach Abs. 1 hervor oder erlangt der ZRF anderweitig (beispielsweise aufgrund von Kontrollen nach Abs. 7) Kenntnis davon, dass die abgegebenen Leistungsversprechen nicht oder nicht vollständig erfüllt werden bzw. wurden, so tritt das folgende dreistufige Prozedere in Kraft.

(4) Auf der ersten Stufe fordert der ZRF den Betreiber auf, in angemessener Frist ein Konzept einzureichen, wie die nicht erfüllten Leistungsversprechen künftig erfüllt werden können. In dem Konzept sind im Detail konkrete Maßnahmen zu beschreiben, wie die Erfüllung der Leistungsversprechen für die Zukunft gewährleistet werden kann. Dabei ist in dem Konzept auch anzugeben, innerhalb welcher Fristen die Maßnahmen umgesetzt werden. Der ZRF prüft, ob die in dem Konzept beschriebenen Maßnahmen und deren Umsetzungsfristen erfolgsversprechend sind. Erscheint das Konzept aus Sicht des ZRF nicht ausreichend, um künftig die Leistungsversprechen erfüllen zu können, so hat der Betreiber das Konzept innerhalb einer ihm gesetzten, angemessenen Nachfrist nachzubessern. Der Betreiber ist verpflichtet, die in dem Konzept beschriebenen Maßnahmen innerhalb der von ihm benannten Fristen umzusetzen.

(5) Legt der Betreiber innerhalb der vom ZRF gesetzten Frist kein oder (nach entsprechender Beanstandung des ZRF) innerhalb der gesetzten Nachfrist kein erfolgsversprechendes Konzept vor, so

spricht der ZRF auf der zweiten Stufe eine Abmahnung mit Kündigungsandrohung aus. Gleiches gilt, wenn der Betreiber die in seinem Konzept geschilderten Maßnahmen nicht oder nicht fristgerecht umsetzt oder wenn trotz der Umsetzung der Maßnahmen die Leistungsversprechen nicht erfüllt werden können.

(6) Werden auch nach einer Abmahnung mit Kündigungsandrohung die Leistungsversprechen nicht vollständig erfüllt, so hat der ZRF auf der dritten Stufe das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund nach § 14 Abs. 2 dieses Vertrages.

(7) Die Erfüllung der Leistungsversprechen des Betreibers kann der ZRF zudem vor Ort am Standort oder anderen Betriebsstätten des Betreibers kontrollieren. Der Betreiber hat solche Kontrollen zu unterstützen und hierzu insbesondere den Vertretern des ZRF Zugang zu dem Standort oder zu anderen für die Leistungserbringung relevanten Räumlichkeiten (beispielsweise die für Fortbildungen genutzten Räumlichkeiten) zu gewähren.

### **§ 13 Streitigkeiten**

Bei Streitigkeiten über Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag soll vor Bestreiten des Rechtsweges die Regierung von Unterfranken als höhere Rettungsdienstbehörde zur Schlichtung angerufen werden.

### **§ 14 Laufzeit, Kündigung**

(1) Die Grundlaufzeit des Vertrages beträgt sieben Jahre und verlängert sich um jeweils zwei weitere Jahre, sofern der Vertrag nicht durch den Konzessionsgeber mit einer Frist von 12 Monaten zum jeweiligen Ende der Laufzeit gekündigt wird. Maximal kann die Laufzeit nicht mehr als 15 Jahre betragen. Der Betreiber hat keinen Anspruch auf Verlängerung des Vertrages über die Grundlaufzeit hinaus. Dies gilt insbesondere in dem Fall, dass die im Kostenblatt angegebenen Kostensteigerungen die Wirtschaftlichkeit einer weiteren Leistungserbringung zweifelhaft erscheinen lassen.

(2) Zur Kündigung aus wichtigem Grund sind beide Vertragsparteien berechtigt. Ein wichtiger Grund ist vor allem die beharrliche Verletzung der Pflichten aus diesem Vertrag sowie die Verletzung wesentlicher Pflichten, die sich aus dem BayRDG, der hierzu ergangenen Ausführungsverordnungen oder sich aus diesem Vertrag ergeben. Ein weiterer wichtiger Grund ist der Erlass dem Fortbestand des Vertrages entgegenstehender gesetzlicher Regelungen. Einen wichtigen Grund stellt schließlich auch die Nichteinhaltung der Bindung an die Preiskalkulation in den Entgeltverhandlungen mit den Kostenträger



(siehe § 8 Abs. 2 dieses Vertrages), die Weigerung einer Zusammenarbeit mit anderen im Rettungsdienst beteiligten Organisationen und Unternehmen gem. § 11 dieses Vertrages und die Nichterfüllung der Leistungsversprechen nach einer Abmahnung mit Kündigungsandrohung (siehe § 12 dieses Vertrages, dort insbesondere Abs. 6) dar.

(3) Der ZRF kann den Vertrag darüber hinaus aus wichtigem Grunde kündigen, wenn sich der Betreiber im Leistungsverzug befindet, der ZRF dem Betreiber eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt hat, die Kündigung des Vertrages für den Fall des fruchtlosen Fristablaufes schriftlich angedroht wurde und die Frist fruchtlos verstrichen ist. Dies gilt insbesondere auch bei einem Verzug betreffend die Frist zum Nachweis der Zertifizierung nach § 5 Abs. 1.

(4) Im Falle der Änderung der gesetzlichen Grundlagen verpflichten sich beide Parteien, den vorliegenden Vertrag einvernehmlich entsprechend zu verändern bzw. anzupassen. Das Kündigungsrecht gem. § 13 Abs. 2 dieses Vertrages bleibt unberührt.

(5) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

### **§ 15 Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung der TNA-Systemtechnik**

Der Betreiber hat mit der obersten Rettungsdienstbehörde einen gesonderten Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung der TNA-Systemtechnik zu schließen. Die oberste Rettungsdienstbehörde behält sich dabei vor, dem Betreiber in diesem Vertrag die Kosten der TNA-Systemtechnik, also die Kosten für die Überlassung von Hard- und Software samt Installation und Schulung sowie Nutzungsrechteeinräumung, zu übertragen. In diesem Fall käme allerdings eine Kostentragungspflicht des Betreibers erst zum Tragen, sofern und sobald diesem die Kosten durch die Sozialversicherungsträger erstattet wurden. Eine Vorleistungspflicht des Betreibers entstünde in diesem Fall also nicht.

### **§ 16 Vollstreckungsunterwerfung und Zwangsmittelanwendung**

(1) Der Betreiber unterwirft sich hinsichtlich seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag der sofortigen Zwangsvollstreckung. Deshalb kann der ZRF die Verpflichtungen aus diesem Vertrag auf Grundlage des Bayerisches Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (VwZVG) erzwingen. Insbesondere kann der ZRF den Betreiber durch Zwangsgeld nach Art. 31 Abs. 1 VwZVG zur Erfüllung anhalten, wenn der Betreiber eine vertragliche Pflicht zu einer Handlung, einer Duldung oder einer Unterlassung nicht, nicht vollständig oder nicht zur gehörigen Zeit erfüllt. Die Höhe des Zwangsgelds

richtet sich nach Art. 31 Abs. 2 VwZVG. Zwangsmittel können nach Art. 37 Abs. 1 S. 1 VwZVG so lange und so oft angewendet werden, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

(2) Der Betreiber verzichtet auf Rechtsbehelfe, soweit sie sich gegen Maßnahmen richten, die in der Verwaltungsvollstreckung getroffen werden.

### **§ 17 Schlussbestimmungen**

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder objektiv undurchführbar sein oder werden, soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt bleiben. Die unwirksamen oder objektiv undurchführbaren Bestimmungen sind so auszulegen, umzudeuten oder zu ersetzen, dass der erstrebte Erfolg möglichst gleichkommend verwirklicht wird. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksamen oder objektiv undurchführbaren Bestimmungen durch eine rechtlich einwandfreie Regelung zu ersetzen, sowie alles nach Treu und Glauben Zumutbare zu tun, um die Wirksamkeit des Vertrages zu sichern und seine Durchführung zu ermöglichen.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung des Schriftformerfordernisses.

(3) Es gilt deutsches Recht.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Stv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer  
Verbandsvorsitzende des ZRF

\_\_\_\_\_  
Betreiber